

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1 HK1 HS1 HH1

MÜNCHEN, DIENSTAG, 1. OKTOBER 2013

69. JAHRGANG / 40. WOCHE / NR. 227 / 2,30 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Leonardo da Vinci war sich ja für keine Gaudi zu schade, und so soll er sich unter der Hand auch mit der Papierfliegerei befasst haben. Zwei Versionen dieser seiner kleinen Liebhabelei sind im Umlauf. So soll er einmal verschieden geformte Körper aus Pappe von einer Brücke aus in die Luft geworfen und dann deren Flug- beziehungsweise Gleitbewegungen aufgezeichnet haben. Angeblich steht das in einem seiner Codices, die jedoch, da Leonardo seine Erkenntnisse in plagiatssicherer Spiegelschrift notierte, nur schwer zu lesen sind. Die andere Fassung will wissen, dass Mona Lisa bei einer Sitzung zu ihrem nachmals so berühmten Porträt die Geduld zu verlieren drohte, woraufhin Leonardo aus Skizzenpapier schnell einen Flieger faltete und durchs Atelier segeln ließ. Da lächelnde die geheimnisvolle Schöne, und der Meister zögerte keinen Moment, dieses Lächeln für die Nachwelt festzuhalten.

Damit hat Leonardo die Welt der Papierluftfahrt für alle Zukunft vermessen und bestimmt. Den einen und bei Weitem größeren Teil, nämlich die Juxfliegerei, haben wir demnach der Mona Lisa zu verdanken. In den Malerateliers scheint sie heute nicht mehr üblich zu sein, jedenfalls sehen die meisten Bilder nicht danach aus. Unter Kindern wird sie aber nach wie vor gerne geübt, wobei es fast immer die Buben sind, die sich in aerodynamischer Wichtigtuerei ergehen. Für die Grundfaltung haben sie allenfalls ein Achselzucken übrig. Ihr Metier ist dann der Einbau diverser stabilisierenden Winkel und insbesondere die Installation der Seiten-, Höhen- und Querruder, die durch Einrisse in die Papierränder bewerkstelligt wird. Dass der Flieger danach trotzdem wie besinnungslos wegtudelt und abstürzt, ändert nichts an der Befriedigung darüber, dass man es der Schwerkraft wieder einmal gezeigt hat.

Der andere Teil ist die technisch ambitionierte Papierfliegerei, und in dieser Sparte hat nun ein Team der Fakultät für Maschinenbau an der TU Braunschweig einen Meilenstein gesetzt, indem es ein Papierflugzeug mit einer Spannweite von 18 Metern dazu brachte, 18 Meter weit zu fliegen. Weil die TU Carolo-Wilhelmina heißt, taufte man das Gerät auf den Namen Carolo-Wilhelminchen, und außer einem Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde fiel bei dem Abenteuer auch Nützliches für Aerodynamik, Fügetechnik und Materialwissenschaften ab. Sollte das Team Lust auf mehr haben, könnte es wieder auf Leonardo zurückgreifen. Dessen Codex Turin bietet Wissenswertes über das Flugverhalten der Vögel, und da Leonardo kein Mann halber Sachen war, konstruierte er gleich Geräte, um es den Vögeln nachzutun. Doch Obacht! Die Experimente am Monte Ceceri bei Fiesole scheiterten, und Leonardos Assistent Tommaso Masini hat sich dabei ein Bein gebrochen. Nach einer anderen Lesart waren es ein paar Rippen, aber das macht's auch nicht besser.



Ein bisschen Freiheit

Normalerweise kann man die Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen nur unterirdisch passieren. Dutzende Tunnel verbinden das abgeriegelte Palästinensergebiet mit Ägypten, durch die von Waffen bis hin zu Autos und Kamelen alles geschmuggelt wird. Am Montag öffnete Ägypten den Grenzübergang Rafah für drei Tage; wie immer bei diesen seltenen Gelegenheiten warten Hunderte Menschen darauf, den Gazastreifen verlassen zu können.

FOTO: IBRAHEEM ABU MUSTAFA/REUTERS

Merkel legt sich nicht fest

Nach ihrem Gespräch mit der SPD an diesem Freitag will die CDU-Vorsitzende auch mit den Grünen reden. Die Union lobt demonstrativ deren „selbstkritische Betrachtung“

VON SUSANNE HÖLL UND ROBERT ROSSMANN

Berlin – Die Koalitionsverhandlungen in Deutschland könnten sich sogar bis ins neue Jahr ziehen. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sagte am Montag, sie halte es für möglich, dass die endgültige Regierungsbildung bis Januar 2014 dauere. Dazu trägt auch bei, dass die Union nicht nur mit der SPD, sondern auch mit den Grünen Sondierungsgespräche führen will. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, Parteichefin Angela Merkel werde spätestens an diesem Dienstag Kontakt zur Grünen-Führung aufnehmen, um ein Sondierungsgespräch in der kommenden Woche zu vereinbaren. Das Gespräch mit der SPD solle bereits an diesem Freitag stattfinden.

Gröhe lobte demonstrativ die Grünen. Bei denen gebe es nach dem schlechten Wahlergebnis „eine selbstkritische Betrachtung des bisherigen Linkskurses“. Bei den Sozialdemokraten sei davon noch wenig zu spüren. Der Generalsekretär beklagte auch das Verfahren, das die SPD gewählt habe. Angesichts des schwierigen Entscheidungsfindungsprozesses der SPD mit Parteikonvent und Mitgliedervotum müsse die Union jetzt erst einmal ausloten, „wie ernst es der SPD ist mit ihrem Verhandlungswillen ist“.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen zur SPD bevorzugt die Unionsspitze immer noch eine große Koalition. CDU und CSU wollen sich allerdings nicht vor schnell um Optionen bringen – deshalb das Angebot an die Grünen. Es ist jedoch nicht nur taktisch gedacht. Für den Fall,

dass die Sozialdemokraten den Preis für eine Koalition zu weit nach oben treiben oder sich ganz verweigern, kann sich die Mehrheit der CDU-Führung inzwischen auch ein schwarz-grünes Bündnis vorstellen. Dazu trägt auch der Führungswechsel bei den Grünen bei.

Zunächst einmal steht aber das Treffen mit der SPD auf der Tagesordnung. Es wird in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin stattfinden und um 13 Uhr beginnen. Für die CDU sollen neben der Parteichefin und dem Generalsekretär auch Fraktionschef Volker Kauder, Finanzminister Wolfgang Schäuble, Kanzleramtsminister Ronald Pofalla sowie die beiden Ministerpräsidenten Volker Bouffier und Stanislaw Tillich teilnehmen. Die CSU will ebenfalls mit einer siebenköpfigen Delegation erscheinen. Die SPD nominierte

Parteichef Sigmar Gabriel, dessen Stellvertreter Hannelore Kraft, Manuela Schwesig und Olaf Scholz sowie Nahles, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Ex-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück.

Die SPD rechnet mit schwierigen Verhandlungen. Nahles sagte, sie halte auch eine zweite Sondierungsrunde mit der Union nach deren Treffen mit den Grünen für denkbar. Die Generalsekretärin machte mit Blick auf Forderungen einzelner Parteikollegen deutlich, dass Personalfragen für die SPD derzeit zweitrangig seien. Bei dem Treffen am Freitag solle es um Inhalte und nicht um Zahl und Art der Ministerposten gehen. Nahles mahnte die SPD auch zur Disziplin: Wer immer in der Partei jetzt Maximalforderungen aufstelle, handle „rein und ausschließlich“ als Privatperson. > Seiten 4 und 5

Kurzvisite bei der Tochter

Chefarzt darf Mieterin kündigen, weil er Zweitwohnung braucht

etwa einige Tage im Monat, nutzen wollte. So sah es im Fall Welke auch die erste Instanz, das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg (Az.: 13 C 61/11). Die Richter hielten dem Mediziner vor, er habe „nicht einmal vorgetragen, die Wohnung regelmäßig jedes Wochenende nutzen zu wollen, was angesichts seiner Familie mit vier minderjährigen Kindern und im Interesse der Mutter seiner Tochter an dem Umgang mit ihrem Kind auch an einigen Wochenenden äußerst unwahrscheinlich sein dürfte“. Außerdem merkten sie an, dass eine Durchschnittsarbeitszeit eines Chefarztes von zehn Stunden samt anderer Termine „nicht viel Raum für spontane Kurzbesuche in Berlin lässt“.

Die zweite Instanz, das Landgericht Berlin, nahm dem Chefarzt seine Hauptstadtpläne dagegen ab. Die Richter zeigten sich davon überzeugt, dass er seine Besuche nicht auf jedes zweite Wochenende beschränken, sondern seine Tochter häufiger sehen wolle, „beispielsweise indem er während der Woche kurzfristig nach Berlin kommt, um sich mit seiner Tochter zu treffen und an deren Alltags-, Vereins- und Schulleben teilhaben zu können“. Auch hielt es das Gericht „für ein Mädchen ihres Alters“ für nachvollziehbar, dass die inzwischen 13-Jährige nicht mehr wie bisher nach Hannover reisen, sondern an den Wochenenden ihre Freunde in Berlin treffen wolle. (Az.: 67 S 121/12)

Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor beim Deutschem Mieterbund, hält das Urteil für „höchst problematisch“. Gerade wenn ein Vermieter die Wohnung nur vier, fünf Tage im Monat benötige, sei genau zu prüfen, ob das Vermieterinteresse „schwerer wiegt als das Interesse des Mieters, die Wohnung zu behalten“. Eine solche Grundsatzfrage gehört für ihn vor den Bundesgerichtshof. Er kann deshalb nicht verstehen, warum das Landgericht keine Revision zugelassen hat: „Es geht auch um die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung.“

Welke will nun mithilfe der Berliner Mietergemeinschaft eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision einlegen. Sollte der Auszug aber nicht mehr abzuwenden sein, werde das sehr teuer, sagt sie: „Bei einer Neuanmietung muss ich für 57 Quadratmeter mindestens das Doppelte zahlen.“ THOMAS ÖCHSNER

Erdogan hebt Kopftuchverbot im Staatsdienst auf

Türkischer Premier veröffentlicht Reformprogramm, das mehr Rechte für Muslime, Kurden und Christen vorsieht

Istanbul – In der Türkei soll das Kopftuchverbot in großen Bereichen des Staatsdiensts fallen. Dies ist Teil eines „Demokratisierungspakets“, das Regierungschef Recep Tayyip Erdogan am Montag in Ankara in Anwesenheit fast seines gesamten Kabinetts vorgestellt hat. Polizistinnen, Lehrerinnen, Soldatinnen, Staatsanwältinnen und Richterinnen dürfen aber weiterhin keine Kopftücher tragen. Zu den zahlreichen von Erdogan präsentierten Reformen gehören auch Erleichterungen für die etwa 13 Millionen Kurden in der Türkei.

Sie sollen künftig kurdische Privatschulen eröffnen dürfen und ihre alten Ortsnamen zurück erhalten. Die Verwendung der Buchstaben des Kurdischen Alphabets q, w und x – die es im Türkischen nicht gibt – sind kein Grund mehr für Strafanzeigen. Auch dürfen Wahlkämpfe auf Kurdisch geführt werden. In einer ersten Reaktion zeigte sich die Vorsitzende der Kurdenpartei BDP, Gültan Kisanak, enttäuscht, weil in staatlichen Schulen weiterhin nur auf Türkisch unterrichtet werden darf.

Abschaffen wird an allen Schulen der aus dem Jahr 1933 stammende militaristische Schülereid, der bisher täglich zu Beginn des Unterrichts aufgesagt werden musste. Die Formel beginnt mit den Worten: „Ich bin Türke, ich bin aufrecht.“ Die Schüler versprechen darin, die Nation mehr zu lieben als sich selbst. Das Demonstrationsrecht soll erweitert, die Mitgliedschaft in Parteien erleichtert werden. Zur Senkung der Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament, die von der EU immer wieder als undemokratisch kritisiert worden ist, machte Erdogan verschiedene Vorschläge, über die das Parlament ent-

scheiden soll. Die hohe Hürde war einst eingeführt worden, um die Kurden aus dem Parlament fernzuhalten. Parteien, die mindestens drei Prozent der Stimmen erhalten, kommen nun in den Genuss staatlicher Unterstützung.

Der lange Rechtsstreit um das berühmte syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel im Südosten der Türkei soll beendet werden. Das schon im Jahr 397 gegründete Kloster erhält demnach seine Ländereien zurück. Auch dies war eine Forderung der EU. Nicht zugesagt hat Erdogan dagegen die ebenfalls von Brüssel verlangte Wiedereröffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Heybeliada (griechisch: Halki) im Marmarameer vor Istanbul. Das Seminar wurde schon 1971 von der türkischen Regierung geschlossen und ist seither ein Streitpunkt.

Erdogan sagte, das Paket könne „nicht alle Probleme“ des Landes anpacken. Aber es sollte zeigen, dass seine seit elf Jahren regierende konservative Partei AKP die Demokratisierung der Türkei nicht aufgegeben habe. Dies war offensichtlich auf die Kritik der anhaltenden Protestbewegung gegen die Regierung gemünzt. Der Premier sagte, die Reformen ließen „die Nation lächeln“. Erdogans Auftritt wurde live ins Englische, Arabische und Kurdische übersetzt. Vertreter mehrerer regierungskritischer Medien klagten, dass sie zu der groß angekündigten Präsentation nicht eingeladen worden waren. Der Abgeordnete der größten Oppositionspartei CHP, Osman Korutürk, kritisierte die geplanten Vorschriften gegen „Hassreden“. Sie seien „offen für eine antidemokratische Auslegung“. CHRISTIANE SCHLÖTZER > Seite 4

4,50 Euro für eine Reservierung

Bei der Bahn kosten künftig Tickets und feste Sitzplätze mehr

Berlin – Bahnfahrten wird vom 15. Dezember an teurer. Auf vielen Fernverkehrsstrecken steigen die Preise im Schnitt um 2,5 Prozent, im Nahverkehr ziehen sie um 2,9 Prozent an. Erstmals aber nimmt die Bahn bestimmte Verbindungen von dem Preisschritt aus. So werden Tickets auf der Strecke Köln – Berlin sowie Düsseldorf – Berlin nicht teurer. Damit will die Bahn den Kunden entgegenkommen, die auf diesen Verbindungen in den vergangenen Monaten wegen des Hochwassers Umleitungen und längere Fahrzeiten in Kauf nehmen mussten. Auch Reservierungen kosten künftig mehr: Statt vier Euro müssen Fahrgäste künftig 4,50 Euro bezahlen. Der Preis für die BahnCard 25, zweiter Klasse, steigt um einen Euro auf 62 Euro, der für die BahnCard 50 um sechs Euro auf 255 Euro. Der Verkehrsclub Deutschland kritisierte den Schritt als unverständlich: Das Angebot im Fernverkehr habe sich nicht verbessert. Die Bahn sei immer noch mit sehr alten Zügen unterwegs, die zudem immer voller seien. DKU > Wirtschaft

ÖVP erwägt Bündnis mit der FPÖ

Wien – Nach der Nationalratswahl in Österreich könnte die Regierungskoalition trotz Stimmverlusten fortgesetzt werden. ÖVP-Chef Michael Spindelegger sagte jedoch am Montag, man halte sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen und dem Team Stronach offen. Zuerst werde man aber mit der stärksten Kraft, der SPÖ, verhandeln. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) schloss eine Dreierkoalition aus. CK > Seiten 4 und 7

Zeugin: Habe Zschäpe kurz vor Mord gesehen

München – Eine Zeugin hat im NSU-Prozess versichert, sie habe Beate Zschäpe mit ihren Neonazi-Freunden 2006 in Dortmund gesehen, mutmaßlich in zeitlicher Nähe zu einem Mord. Das Trio habe im Garten eines Nachbarn gestanden. Ermittler halten es für möglich, dass eine Verwechslung vorliegt. Dennoch beharrte die Zeugin auf ihrer Version. Sie hatte sich überraschend erst vor Kurzem bei einem Anwalt der Nebenkläger gemeldet. sz > Seite 6

Papst wertet Reformkommission auf

München – Papst Franziskus hat die neu berufene Kommission zur Reform der römischen Kurie zu einem ständigen Beratergremium aufgewertet. Die acht Kardinäle, unter ihnen der Münchner Erzbischof Reinhard Marx, werden an diesem Dienstag erstmals im Vatikan zusammenkommen. Am Montag hatte Franziskus zudem den 27. April 2014 als Termin für die Heiligprechung der Päpste Johannes Paul II. und Johannes XXIII. genannt. sz > Seite 2

Sportbund für Winterspiele in München

München – Die Mitgliedsverbände des Deutschen Olympischen Sportbundes haben sich am Montag für Münchens Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2022 ausgesprochen. Damit ist eine erste Hürde genommen, bevor die Bürger in München und den Partnerstandorten Garmisch-Partenkirchen, Schönau am Königssee und Ruhpolding am 10. November in Bürgerentscheiden abstimmen, ob es eine neue Kandidatur geben darf. sz > Lokales

Dax	Dow	Euro
Xetra 17 Uhr 8592 Punkte	N.Y. 17 Uhr 15164 Punkte	1,3535 US-\$
- 0,80%	- 0,62%	+ 0,0015

DAS WETTER

19°/1°

Verbreitet sonnig, nur gebietsweise etwas wolkig. Im Süden ist es stark bewölkt, dabei kann es vom Breisgau und Südschwarzwald bis zum Allgäu sowie in Alpennähe ab und zu etwas regnen. Temperaturen zwölf bis 19 Grad. > Seite 15

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

HEUTE

Die Seite Drei
Chronik der Verachtung – wie die FDP den Auszug aus dem Bundestag erlebt 3

Meinung
Rot-Schwarz kann in Österreich weiterregieren, obwohl die große Koalition das Land lähmt 4

Das Politische Buch
Die Banken in die Schranken: Wie die Finanzmärkte gezähmt werden können 15

Wirtschaft
Siemens baut 15 000 Stellen ab. Für Chef Joe Kaeser eine von vielen Baustellen 17

Sport
Turner Fabian Hambüchen hat sein Training umgestellt. Was das bringt, zeigt nun die WM 29

Medien 31
TV-/Radioprogramm 32
München · Bayern 30
Rätsel 31
Familienanzeigen 22

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Aboservice: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NL, SLO, SK, C, 2,90; dkr. 22; E 2,90; kn 26; sfr. 4,80; czk 85; Ft 750

4 190655 802305
Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de